

KRIEG IM IRAK

# Zwischen Mühlsteinen



Ran an das schwarze Gold wollen nicht nur die Amis: Frankreich und Russland haben Vorverträge für die Nutzung der Ölfelder unterzeichnet.

(Foto: version)

**War is not the answer. Doch worum geht es eigentlich am Golf? Der Kampf ums Öl ist nicht die einzige Antwort auf diese Frage. Und die USA sind nicht die einzige Weltmacht, die einen Anspruch auf künftige Mandatsgebiete stellen.**

Nichts gegen Hans Blix, aber zögen die USA ihre Flugzeugträger und Soldaten unverrichteter Dinge ab, würden die Mäuse auf den Tischen tanzen: Araber im Siegestaumel, Saddam Hussein schießt Salven in die Luft, Militärparaden in Pjöngjang, Frankreich, Russland und China teilen die Ölfelder unter sich auf, Gerhard Schröder und Jacques Chirac streiten um die Kaiserkrone, Osteuropa ist deprimiert, George W. Bush tritt ab, und Slobodan Milosevic kommt frei, weil er gegen Saddam ein Waisenknabe ist. Die USA verlor "jegliche Glaubwürdigkeit", sagt Richard Perle, ein einflussreicher Berater des US-Kriegsministers.

Der Aufmarsch am Golf ist eine bewusst herbeigeführte Lage, deren geplante Konsequenzen der Sturz Saddams und das Einrücken der Truppen in das Land sind.

Das Ziel ist die Invasion und nicht der Krieg, wie es die Parole "Blut für Öl" unterstellt. Präsident Bush würde es begrüßen, wenn Saddam und "seine Spießgesellen" das Land verlassen. Donald Rumsfeld fand den Vorschlag, Saddam ins Exil zu schicken, "sehr vernünftig". Dennoch dürfte die Option Exil illusorisch sein. Saddam weiß, was der CIA-Mann Kenneth Pollak

sagt: "Verliert er die Macht, ist er ein toter Mann", weil die mit Ussama bin Laden erlittene Schmach sich beim nächsten Auserwählten nicht wiederholen soll. Deshalb wird er wohl leider nicht freiwillig gehen. Wegen der Opfer würde man wünschen, dass die Invasoren sich ohne Krieg ausbreiten könnten.

Die Vereinigten Staaten sind oft ohne Krieg an die Beute gekommen. 1941 erklärten sie die Öl am Golf suchenden Vichy-Franzosen zu unerwünschten Ausländern und warfen sie hinaus. Ganz unblutig. 1933 verscherbelte Ibn Saud die saudischen Schürfrechte für 50 000 Goldpfund an die Standard Oil of California. Friedlich. Seitdem haben US-Konzerne Saudi-Arabien nicht mehr hergegeben. Während des Afghanistankrieges hießen die Diktatoren am Kaspischen Meer die USA willkommen. Sie wollten endlich mehr Geld sehen. Denn Russland hatte unterhalb des Weltmarktpreises bezahlt und war bei ihnen verschuldet. Was sich durch die ökonomische und militärische Machtfülle in Ordnung bringen lässt, wird ohne Krieg geregelt.

Es zählt zu den Ungerechtigkeiten dieser Welt, den Sündenfall mit George W. Bush zu identifizieren. Was soll ein Jimmy Carter denken, der

schon 1980 seine "Carter-Doktrin" austüftelte: "Jeder Versuch einer fremden Macht, die Kontrolle über die Region am Persischen Golf zu erlangen, wird als Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten angesehen. Jeglicher Angriff wird mit allen Mitteln zurückgeschlagen werden, auch mit militärischen." Der Mann bekam den Friedensnobelpreis.

Die Gründe für den Aufmarsch geben kaum Rätsel auf. Dafür sorgt schon die US-amerikanische Propaganda, die sich von der deutschen durch ihre Nähe zum Realismus unterscheidet. Das hat zu tun mit dem Selbstbewusstsein der Weltmacht und einem ausgeprägten Pragmatismus der Bevölkerung. Unvergessen sind die Worte, die Bush senior im letzten Golfkrieg an die Amerikaner richtete: "Unsere Wirtschaft, unsere Lebensart, das alles würde leiden, wenn die Kontrolle über die großen Ölreserven der Welt in die Hände Saddam Husseins fiel. Es geht um euren Benzinpreis!" Das hatte Hand und Fuß.

Saddam ist nicht nur fällig wegen Öl, sondern auch deshalb, weil "er nicht kooperiert", wie es Außenminister Colin Powell ausdrückt. Die "Völkergemeinschaft" wird vehement eingestimmt auf koo-

perierende und nicht kooperierende Diktaturen. Die einen sind gut, die anderen böse. Milosevic musste weg. Pakistans Pervez Musharraf bildete zwar die Taliban aus und drohte seinem Nachbarn mit einem Atomschlag. Aber er fügte sich.

Überhaupt sei "die Staatsform Demokratie einer imperialen Mobilmachung abträglich", schreibt Zbigniew Brzezinski, der früher Carter und Madeleine Albright beriet und heute drei Ölkonzerne berät. Saddam selbst zählte zu den verlässlichen Tyrannen. Er wurde aufgerüstet, weil sein Krieg gegen den Iran das Gleichgewicht im Nahen Osten wieder herstellen sollte. Man ließ ihn 1991 im Amt, weil man von ihm - nachdem man ihm die Großmachtgelüste ausgetrieben hatte - mehr Stabilität erwartete als von der nicht geregelten Erbfolge. Außerdem half seine Anwesenheit bei der Einrichtung von Stützpunkten in Nachbarstaaten.

Nein, humanistische oder demokratische Werte scheiden als Kriegsgründe aus. Nur "ein relativ kleiner Truppeneinsatz hätte genügt, um dem Morden in Ruanda ein Ende zu bereiten", schreibt Kissinger. Aber das dort liegende Coltan war die Rettung von einer Million Menschen nicht

wert. Saddam ist ein Tyrann, aber eine Rangliste des Bösen sollte man unterlassen. Der Verweis auf Massenmorde und Hinrichtungen in Indonesien oder Angola würde nur zur unangebrachten Entlastung des Despoten führen.

In der Propaganda gilt der Grundsatz: Der Nächste ist der Böseste. Als Milosevic und die Taliban dran waren, war Saddam verschwunden. Wer fragt heute nach den Frauen in Afghanistan, nach der Demokratie im "befreiten" Kuwait? Die Kriegsbefürworter, auch die linken, ziehen nur mit der Kriegskarawane zur nächsten Zielscheibe.

## Öl sichert das System ab

Bush knüpft an eine alte Tradition an, wenn er sagt: Einem "Diktator mit großem potenziellen Reichtum wird es nicht erlaubt werden, eine lebenswichtige Region zu beherrschen". Die USA wollten "Iraks Erdölfelder beschützen und sicherstellen", erklärte Powell im Januar. Deshalb werde die Invasionstruppe "den Irak entwaffnen und einen Regimewechsel herbeiführen". Und sein Präsident ergänzte, man werde "daran festhalten, den Irak zu entwaffnen", selbst wenn Saddam ins Exil ginge. Die Wortwahl ist zu beachten: Entwaffnet werden sollen nicht Saddam oder das Baath-Regime, sondern der Irak.

Der Irak wird so oder so besetzt, um dort eine US-amerikanische Mandats Herrschaft einzurichten, der weitere Aufgaben zukommen werden. Auch der Jihad soll eingedämmt werden, der für die USA am Golf etwas anderes ist als in der chinesischen Provinz Xinjiang oder in Côte d'Ivoire. Der Unterschied liegt darin, dass nur fünf Staaten der Welt - die USA, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien - mehr als die Hälfte des geförderten Öls verbrauchen. Der Ölverbrauch wächst, und die Mengen am Golf reichen ohne neue Funde für 100 Jahre, die US-amerikanischen und europäischen Reserven aber nur für zehn bis 15. Das macht die Kontrolle der Golfregion zur Waffe für den Hegemon, mit der er die Konkurrenten schwächen und abhängig machen kann.

An diesem wichtigen Punkt will man die Propaganda verändern. "Das amerikanische Volk sieht nicht gern seine Jungs dafür sterben, dass die Gallone Benzin nur 1,50 Dollar kostet", erklärt Powell. Das ist neu. Michael Klare, Professor am Hampshire College, sagt, die Regierung wolle verhindern, dass das Öl zu einem Teil der Kriegsdebatte wird. Würde sie sagen, "dass hier Öl gesichert und die Opec entmachtet werden soll", würde dies zu eigennützig erscheinen. Aber weil das boshafte Kichern von J.R. Ewing nicht verstummen will, müssen Fachleute ständig vorrechnen, dass Öl ein Minusgeschäft sei. Daher verdient das Ölargument eine genauere Betrachtung.

Allen Substituierungsmaßnahmen zum Trotz steigt

*Rainer Trampert war in den achtziger Jahren führender Vertreter des linken Flügels der deutschen "Grünen" und Bundesvorstandssprecher der Partei. Seit seinem Parteiaustritt ist er als Publizist, unter anderem für die Monatszeitschrift "konkret", und als Buchautor tätig.*

der Erdölverbrauch, besonders in den USA und in China. Die heute bekannten und rentabel abbaubaren Reserven reichen für über 40 Jahre. Das heißt nicht, dass dann die Ölquellen versiegt. Denn falls, wie bisher, mehr neues Öl gefunden als verbraucht wird, gäbe es noch in 100 Jahren dieselbe Versorgungssicherheit. Die Fachwelt vermutet große Schätze am Golf und im Kaspischen Meer, und im Irak wurde seit 1985 nicht mehr nach Öl gesucht. Jährlich werden weltweit 3,5 Milliarden Tonnen verbraucht, 150 Milliarden Tonnen Rohöl sind nachgewiesen. Davon liegen 93 Milliarden Tonnen am Golf und das meiste wiederum in Saudi-Arabien.

## Die Welt: Ein Golfplatz

Die Zukunftssicherung des Kapitalismus hängt weiter am Öl, und das ist ungleich verteilt. Setzt man die saudischen Reserven gleich 100, entfallen auf den Irak 43, auf Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate jeweils 38, auf den Iran 34, auf Venezuela 30, auf Russland 19, auf die USA elf, auf Mexiko zehn und auf China neun. Die Nordsee käme auf vier und Japan auf gar nichts. Daran zeigt sich die strategische Bedeutung des Golfs für die kapitalistischen Zentren.

Da Saudi-Arabien heute als politisch gefährdet gilt, diskutierte die US-Administration nach Angaben der Süddeutschen Zeitung zwei Optionen: "die Besetzung der saudischen Ölfelder" oder "die Herrschaft über das irakische Öl". Der Irak lässt sich weniger riskant besetzen, und durch die Kontrolle über die zweitgrößten Reserven der Erde könnten die USA die Bedeutung Saudi-Arabiens stützen, die Opec praktisch erledigen und die Rolle des alleinigen Preisregulators übernehmen. Hinzu kommt, dass die USA über ihre Stützpunkte auch die Fördermengen in Kuwait oder Katar kontrollieren können. Der wegen seiner Katastrophenszenarien berühmte US-Ökonom William Nordhaus prognostiziert in der Zeit, das Unternehmen Golf werde den USA hohe Verluste bringen, "es sei denn, der Krieg führt zum Auseinanderbrechen des Opec-Ölkartells". Doch neben anderem geht es den USA genau darum.

Im Irak spiegelt sich die Weltkonkurrenz. US-amerikanische und britische Firmen sind durch den Boykott dort verschwunden. Russland und Frankreich sind die wichtigsten Handelspartner des Irak. Sie haben Vorverträge für die Nutzung der Ölfelder unterzeichnet und haben hohe Forderungen an Saddam, auch aus früheren Waffenlieferungen. Der französische Konzern Total-Fina-Elf besitzt die Schürfrechte für Madschnun und Nahr Umar, Alcatel baut das Telefonnetz und Peugeot liefert Nutzfahrzeuge. Russlands Sarubeschneft arbeitet mit russischer Belegschaft auf den Kirkuk-Feldern, und die ebenfalls russische Lukoil hat Rechte an West-Qurna.

Chinas nationale Ölgesellschaft besitzt Rechte für Rumailah im Süden. Auch der malaysische Konzern Petronas und japanische Ölfirmen tummeln sich im Lande. Alle zusammen haben Vorverträge für 19 Ölfelder im Wert von 38 Milliarden Dollar unterzeichnet.

Die irakische Exil-Regierung hat erklärt, sie wolle alle Verträge einer Überprüfung unterziehen und das Land für US-amerikanische und britische Unternehmen öffnen. Die USA werden entscheiden, welche Bündnisse sie wollen und wer rausfliegt. Die heute legalisierte Tagesproduktion von 2,1 Millionen Barrel - die mit dem Schwarzhandel auf drei Millionen Barrel kommt - ließe sich auf 4,7 und, nach Modernisierungen, auf sechs Millionen steigern. Der Irak würde dann fast an die saudische Ölproduktion heranreichen, die bei 7,5 Millionen Barrel liegt. Der Preis würde sinken und die Weltkonjunktur würde angekurbelt, zu Lasten der Förderstaaten. Auch Russland wäre am Ende, weil der russische Staatshaushalt mit den Öl- und Gasexporten steht und fällt. Die Besatzer würden sich Aufträge für die Instandsetzung des Landes geben.

mansk fertig sein für die Belieferung der USA mit russischem Öl durch die Barentsee. Deutschland hat fast keine Kriegskosten, verliert aber möglicherweise seinen strategischen Partner.

Was wird aus dem deutsch-französischen Schwur, wenn Frankreichs Interessen sich nur durch eine militärische Beteiligung sichern lassen? Chirac hat die Mobilmachung "für neue Kriege, die leider drohen können" beschlossen. Die Regierung in Paris will die endlose Inspektion, um die USA da herauszuhalten. Aber ihre Streitkräfte sind auf den Ernstfall vorbereitet.

Keine Expansion und schon gar nicht die Besetzung eines Raumes ist frei von Unsicherheiten. Die irakischen Kurdenführer Jalal Talabani und Massud Barzani und die türkische Regierung unter einen Hut zu bringen, ist schon ein Kunststück. Nicht immer wird alles bedacht, aber man muss den USA das nicht beibringen. Die Eroberungen werden kaum von Turbulenzen und "Gewaltausbrüchen verschont bleiben", weiß Brzezinski. Manches wird also misslingen beim Übergang zu einer "friedlichen Hegemonie, die andere davon abhält, die-

kommentiert die Neue Zürcher Zeitung.

Auch Syriens Präsident Baschar al-Assad wird vor der Frage stehen, ob er sich wendet oder gestürzt wird. Über Syrien und Israel soll das Öl das besser geschützte Mittelmeer erreichen. Der Iran wird heftig unter Druck geraten und mit ihm die deutschen und französischen Geschäfte. Das Ziel bleibt auch in Teheran ein Regimewechsel. Dem Jihad soll die staatliche Unterstützung entzogen werden. Israel wird seine Bedeutung und damit die Sicherheitsgarantie für die USA nicht einbüßen, solange der Islam ein politischer Faktor bleibt. Andererseits erklärt Bush: "Wenn das palästinensische Volk neue Führer, neue Institutionen und neue Sicherheitsvereinbarungen mit seinen Nachbarn hat, werden die USA die Schaffung eines palästinensischen Staates unterstützen."

## Das kurze amerikanische Jahrhundert

Das strategische Ziel ist die Schaffung des "amerikanischen Jahrhunderts". Die Ver-

rent sei Europa, sollte ihm die Kontinentalachse bis China gelingen. Deshalb müssten die USA darauf achten, dass Europa nicht so "geschlossen" agiere, dass es "bald schon die Vereinigten Staaten in für sie bedeutsamen geopolitischen Belangen anderswo, insbesondere im Nahen Osten, herausfordern könnte".

Das lässt sich wohl vermeiden, denn, so Kissinger, "wenn es am Golf zum Äußersten kommt, werden die Europäer die ersten sein, die um Zugang zu amerikanischen Energievorräten bitten, um eine Wirtschaftskatastrophe zu vermeiden". Das gilt noch mehr für Japan und China, das nach Angaben der Zeitschrift Foreign Affairs in 20 Jahren 90 Prozent seiner Ölimporte vom Golf beziehen müsse. Wenn alles klappt, könnte dem Konkurrenten China das Los Japans blühen, das zwar "ein respektierter Wirtschaftsriese" ist, aber strategisch nur "eine geopolitische Verlängerung amerikanischer Macht", meint Brzezinski. Deutschland sehe "im Engagement für Europa die Grundlage" für seine "nationale Erlösung. Indem es sich mit Europa entsühnt, stellt Deutschland seine Größe wieder her".

Weltlage, die durch den Zerfall der Allianzen in nationale Konkurrenzen gekennzeichnet ist.

Der europäische Machtblock existierte noch nie in der erträumten Geschlossenheit. Jetzt ist sie in weite Ferne gerückt. Europas Wirtschaftskraft ist so groß wie die der USA, und man hat es zu einem gemeinsamen Markt gebracht. Das Militärpotenzial erreicht aber nur ein Drittel des US-amerikanischen. Der größte Nachteil liegt darin, dass die USA ein Nationalstaat sind, während Europa ein Konglomerat aus vielen nationalen Interessen ehemals mächtiger Imperien mit ihren Empfindlichkeiten ist.

Eine Frage ist noch nicht beantwortet: Welche Überlegungen ich anstelle, wie Saddam "auf andere Weise" als durch Krieg "beseitigt werden könnte". Meine Möglichkeiten dazu sind genauso erbärmlich wie der Beitrag, den linke Kriegsbefürworter zur militärischen Stärkung der Vereinigten Staaten leisten.

Angesichts der von den Imperien ökonomisch und militärisch aufgerüsteten Diktaturen auf der Welt und der gesteuerten Stellvertreterkriege wäre die Konzentration auf den Sturz der eigenen Mächte der wichtigste Beitrag zum Sturz von Tyrannen. Wer seine Hoffnungen auf imperialistische Kriege projiziert, begleitet nur wohlwollend neue Massaker und die permanente Auswechslung von Tyrannen.

Zuerst schenkte man der irakischen Bevölkerung einen mit Giftgas voll gepumpten Saddam, dann schwächte man ihn mit uranverseuchten Bomben, an denen die Familien für Jahrzehnte leiden. Jetzt wird er vielleicht mit der neuen E-Waffe beseitigt, die nur Fleisch verbrennt. Auf der anderen Seite schießen in der Linken Antiamerikanismus und Antisemitismus ins Kraut. So wird etwa in der linken Monatszeitung "analyse und kritik" zwei Seiten lang am Mythos einer jüdischen Weltverschönerung gebastelt, die Amerika in den Krieg treibe. Der kritische Verstand hat sich zwischen diesen Mühlsteinen zu behaupten.

Rainer Trampert



Wir sind die Guten: neue deutsche Einheit gegen den Krieg.

(Friedensdemo Berlin, 15.2. Foto: version)

Dazu kämen noch Einnahmen aus Reparationszahlungen.

Die Erwartungen verändern bereits die weltpolitische Lage. Man mag dem russischen Präsidenten Wladimir Putin abnehmen, dass ihm die Achse Frankreich-Deutschland-Russland-China am Herzen liegt, aber die USA lassen nicht mit sich spaßen. Putin muss um ihre Gunst buhlen. Sie sollen ihm die Bohrlizenzen lassen und die Forderungen an Saddam übernehmen. Außerdem bittet Putin um einen akzeptablen Ölpreis. Daraus ergeben sich strategische Vorteile, die in keinem Szenario über die Kriegskosten vorkommen. Als erste Gegenleistung soll 2007 eine gemeinsame Pipeline nach Mur-

se in Frage zu stellen, weil der Preis, den sie dafür bezahlen müssten, zu hoch ist".

Dafür bleiben die Flugzeugträger, die modernen Kanonenboote, in der Nähe. Man wird nicht vom Gesamtplan abrücken. Kissinger schrieb vor dem Anschlag auf die Twin Towers: Man werde verhindern, "dass die Golfregion von Staaten dominiert wird, deren Ziele mit den unseren unvereinbar sind". Die Frage lautet: "Wie erreicht man Stabilität am Golf ohne permanente Stützpunkte?" Gar nicht. Deshalb müssen sich die "Monarchen und Präsidenten am Golf fragen, ob sie nicht auch auf der Abschlusliste Washingtons stehen",

einigten Staaten erfreuten sich "einer Stellung in der Welt", schreibt Kissinger, "mit der sich keines der Imperien der Vergangenheit messen" könne. Die USA werde die Gelegenheit nutzen, ihre "Dominanz gegenüber dem Rest der Welt" auszubauen. Bush übersetzte diese Idee so: "Amerika wird die Vorherrschaft erringen, weil wir die beste Armee haben." Brzezinski rechnet damit, dass bis zum Jahr 2020 andere Mächte - Europa, China und Japan - das US-Niveau erreichen könnten und folgert: "Amerika als die führende Weltmacht hat nur eine kurze historische Chance, mit den geopolitischen Herausforderungen fertig zu werden." Der akute Weltkonkur-

rent im Moment gibt der Konkurrent kein gutes Bild ab. Halb Europa lehnt sich gegen den deutsch-französischen Führungsanspruch auf. Viele Staaten wenden sich den USA zu, weil sie von Washington einen besseren militärischen Schutz erhoffen, aber auch, weil sie fürchten, von diesem Machtblock erdrückt zu werden. "Wir haben das gleiche Recht, Europa zu repräsentieren, wie Chirac und Schröder", kommentiert die polnische Tageszeitung Rzeczpospolita. Hat Deutschland sich von der Rolle des ehernen Schutzpatrons zu früh und zu riskant verabschieden wollen? Die Wortgefechte sind keine individuellen Entgleisungen. Sie spiegeln die neue